

**An alle Kommunalpolitiker in Neuenhagen
im Besonderen an die Mitglieder des Ortsverbandes der CDU:**

**Der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) äußert sich in der Presse über den
Wert der Kommunen und die überflüssigen Bundesländer**

Allein die Überschrift ist starker Tabak, ist doch die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland sakrosant und darf laut Grundgesetz nicht infrage gestellt werden, hat also Ewigkeitswert. An diesem Grundgesetz haben die Alliierten 1949 Pate gestanden und durch die geforderte Föderation einen Zentralstaat verhindert. Mit Blick auf die Vergangenheit hatten sie durchaus recht, auch wenn Adenauer anderer Meinung war. Das ist nun Geschichte, aber jetzt in dieser (Finanz-) Krise ist Nachdenken nicht nur erlaubt, sondern auch Pflicht. Was der Kieler Oberbürgermeister aber einem Journalisten der „Welt“ zu Protokoll gibt, ist Attacke. Seine Antwort ist kurz und bündig: Wir brauchen endlich eine Debatte darüber, wie wir in Deutschland das Geld vernünftig verteilen. und fordert eine Definition darüber, was für die Menschen in Deutschland wirklich wichtig ist. Ich erinnere nur an die kernigen Worte des Bundesaußenministers und Parteivorsitzenden der FDP, Guido Westerwelle, der jüngst einen völligen Neuanfang des Sozialstaats forderte und damit bei dem Finanzminister, Wolfgang Schäuble CDU, nicht auf Kritik stieß. Mit Blick auf die Kosten und der sichtbaren Überforderung des Sozialstaats setzte er hinzu, dass die notwendigen Sozialleistungen die Aufnahme von Arbeit nicht unattraktiv machen dürfen. Der Präsident des CDU- Wirtschaftsrats, Kurt Lauk, meint, man müsse jetzt eine offene Diskussion ohne Tabus darüber führen, wie wir die Kostenexplosion bei den Sozialausgaben in den Griff bekommen.

Aber wieder zurück zu Torsten Albig. Er beklagt den Zustand der Kindergärten, der Schulen und besonders aufgrund der Witterungslage der Straßen. Vielerorts sind im Westen Deutschlands die Städte in einem schlechteren Zustand als in den neuen Bundesländern. Vergessen wir auch nicht, dass jeder dritte EURO von den westdeutschen Steuerzahlern per Gesetz aufgebracht werden muss. Klamme Städte müssen dann das Geld per Kredit beschaffen, was die Verschuldung fördert. Der mutige Bürgermeister aus Kiel beklagt die Debatten im Bundestag, die für Deutschland nicht vorrangig sind wie Hotelmehrwertsteuer, Erbschaftssteuer u.a. mehr. Es werden damit riesige Summen bewegt, aber niemand merkt es. Deutschland ist weiter klamm, und die Kommunen müssen es ausbaden. Nach seiner Meinung liegt die Ursache für diese Misere darin, dass die Kommunen nur als Restgröße behandelt werden. Alle Landesregierungen kümmern sich erst einmal um ihre eigenen Interessen. Sollte Geld für die Kommunen fehlen, dann werden sie irgendwann, so sie brav sind, der Bürgermeister also in der richtigen Partei ist, über den Finanzausgleich bedacht. Für überflüssig hält er auch die 16 Kultusministerien. Eines würde

reichen!!! Das ist aber eine alte Diskussion. Schon lange heißt es, die Kultusministerkonferenz ist so überflüssig wie ein Kropf.

Einsparen könne man auch bei den Landesinnenministerien, meint Herr Albig; denn gebraucht werden die Polizisten vor Ort, nämlich in den Kommunen und nicht in den Ministerien. Dann setzt er hinzu, dass wir unsere Verwaltung, deren Strukturen im 19. Jahrhundert wurzeln, Punkt für Punkt infrage stellen müssen. Dazu gehöre auch die Finanzaufsicht, die ihren eigenen Haushalt seit Jahrzehnten nicht in den Griff bekommt, aber trotzdem andere beaufsichtigt. Auf die Frage, was geschehe, wenn sein Appell ungehört bliebe, antwortet er unmissverständlich: Wir werden dann die Aufgaben, zu denen wir gesetzlich verpflichtet sind, nicht mehr erfüllen können. In dieser Situation käme es zu einer Art des zivilen Ungehorsams. Bis dahin müssen wir jeden städtischen Prozess hinterfragen, und nichts bleibt so, wie es ist, weil es immer so war. Jeder Stein wird umgedreht.

An die Arbeit, kommunale Abgeordnete in der Gemeindevertretung!!! Aber erst einmal muss Klarheit im Kopf sein, dann die Diskussion an der Basis führen und die Menschen mitnehmen. Anderenfalls verweigern sie sich oder machen Revolution.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 15.02.2010